

**HERAUS ZUM 1. MAI!
KÄMPFT UND WEHRT EUCH!**

HINEIN IN DEN **ROTER GRUND**

**HERAUS ZUM 1. MAI!
KÄMPFT UND WEHRT EUCH!**

ROTER GRUND

**HERAUS ZUM 1. MAI!
KÄMPFT UND WEHRT EUCH!**

INTERNATIONAL

6

**EU: BOYKOTTIEREN WIR DIE
WAHLEN DER IMPERIALISTEN!**

BRD

8

**„RAUE ZEITEN“ –
75 JAHRE GRUNDGESETZ**

FRAUEN

10

STUNDENLOHN VON 80 CENT

**ROTE
POST**



Nr.77

Juni 2024

BERLIN

12

**DAS 29-EURO-TICKET: EINE
BILLIGE „WAHL-MASCHE“?**

HAMBURG

14

**HETZE GEGEN
MUSLIME**

BREMEN

16

**AKTIONEN FÜR PALÄSTINA
IM FRÜHJAHR**

NORDRHEIN-WESTFALEN

18

**PALÄSTINASOLIDARITÄT LÄSST
SICH NICHT VERBIETEN!**

BADEN-WÜRTTEMBERG

20

**ILLEGAL ENTSORGTE GIFT-
STOFFE IM SCHWARZWALD**

KULTUR

22

SOLIDARITÄT

INHALT

- 4 BILD DES MONATS**
- 6 INTERNATIONAL**
- 8 BRD**
- 10 FRAUEN**
- 12 BERLIN**
- 14 HAMBURG**
- 16 BREMEN**
- 18 NORDRHEIN-WESTFALEN**
- 20 BADEN-WÜRTTEMBERG**
- 22 KULTUR**

1. MAI INTERNATIONAL

EU-WAHL: BOYKOTTIEREN WIR DIE WAHLEN DER IMPERIALISTEN!

**„RAUE ZEITEN“ – 75 JAHRE GRUNDGESETZ
AUSBEUTUNG VON MIGRANTINNEN:
STUNDENLOHN VON 80 CENT**

**DAS 29-EURO-TICKET:
EINE BILLIGE „WAHL-MASCHE“**

**HETZE GEGEN MUSLIME – AUSHEBELUNG
DEMOKRATISCHER RECHTE UND FREIHEITEN**

AKTIONEN FÜR PALÄSTINA IM FRÜHJAHR

**PALÄSTINASOLIDARITÄT LÄSST SICH
NICHT VERBIETEN!**

**ILLEGAL ENTSORGTE GIFTSTOFFE
IM SCHWARZWALD**

SOLIDARITÄT

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an rotopost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

*Die Roten Frauenkomitees – BRD,
Teil des Roten Bundes, haben ihre
Prinzipienerklärung und Programm
veröffentlicht:*



Liebe Leser der Roten Post,

der Mai hat viele Entwicklungen gebracht, die wir für beachtlich halten. Die Kämpfe gegen den Imperialismus und seine Lakaien entwickeln und verschärfen sich. Die Welt brennt an so vielen Ecken. In der französischen Kolonie Kanakay (Neukaledonien) explodierte jüngst der Zorn auf die fremden Herren, welche aufs Brutalste versuchen den Aufstand nieder zu schlagen. Der Putschversuch im Kongo, der Bürgerkrieg in Myanmar, der immer noch andauernde Aufstand in Manipur und noch viel mehr:

Der Kampf um Wohnraum in Chile hat eine große Bedeutung im Land. Es gibt viele Menschen, die ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen. Der alte chilenische Staat hat die bekannte „Toma 17 de Mayo“, eine von dem Menschen selbst errichtete Siedlung auf vorher ungenutztem Land in Santiago de Chile, geräumt und anschließend die Häuser der Familien, die dort wohnten, in Brand gesteckt. In vielen Ländern der Welt wurden Solidaritätsaktionen für den Kampf um die „Toma 17 de Mayo“ durchgeführt, auch hier in der BRD. Der Kampf in Chile selbst wird natürlich weiter geführt und hat mittlerweile viele Besetzungen erfasst, die wie die Toma 17 de Mayo räumungsbedroht sind.

Der Kampf gegen den israelischen Völkermord der Nationalen Widerstandsfront des palästinensischen Volkes dauert unvermindert an und es beweist sich wieder und wieder, dass ein Volk welches auf den bewaffneten Kampf besteht, die Kapitulation zurück weist und sich auf die Massen basiert nicht besiegt werden kann. Zuletzt musste Israel mehrere politische (die Haftbefehle wegen Völkermord und die Anordnung des Endes der Offensive gegen Rafah durch den Internationalen Gerichtshof; die Proteste beim Eurovision Song Contest) und auch militärische Schlappen, wie dem Hinterhalt in einem Tunnel unter dem Flüchtlingslager Jabaliya, hinnehmen. Hier im Land stehen die Aktivisten des Roten Bunds fest vereint mit denjenigen die kämpfen und Widerstand leisten.

In Indien richtet der alte Staat ein ums andere Mal Massaker an. Die neueste Vernichtungskampagne trägt den Namen „Operation Kargar“. Die Genossen dort kämpfen weiter mutig und erobern neue Siege im Volkskrieg. Zuletzt wurde es möglich, dass eine internationale Solidaritätserklärung mit siebzig Unterzeichnern aus vielen Ländern, darunter mehrere aus Deutschland, für die Freilassung des Genossen Prashant Bose entstand.

In der Türkei stehen die Genossen von Partizan seit dem 1. Mai und ihrem entschlossenen Marsch auf den Taksim-Platz im Feuer der Reaktion. 42.000 Polizisten versuchten den Protest auf dem Taksim-Platz zu unterdrücken. Alle Wege zum Platz wurden von der Polizei blockiert und Scharfschützen gingen in Stellung. Die Massen reagierten wütend auf die Ankündigung, dass der Marsch in Sarayhane und nicht auf dem Taksim-Platz enden sollte und versuchten, die Barrikaden zu durchbrechen. Es wurden 210 Menschen festgenommen. Mit der Kampagne zum 51. Jahrestag der Ermordung von İbrahim Kaypakaya wurde sie erneut von der Reaktion attackiert und Genossen verhaftet, aber sowohl in der Türkei selbst als auch in vielen Ländern Europas demonstrieren die Genossen, dass sie sich durch den Terror der Reaktion nicht einschüchtern lassen.

In Mexiko entfaltet sich zur Zeit ein landesweiter Streik der Lehrer, der den alten Staat stark herausfordert und sich mit anderen Kämpfen verbindet, wie dem Kampf für die, die verschwunden gelassen wurden. Einer der bekanntesten unter ihnen ist Dr. Ernesto Sernas Garcia. Die Kampagne für seine lebendige Rückgabe dauert mittlerweile sechs Jahre an. Gleichzeitig wird eine große Boykott-Kampagne gegen die anstehenden Wahlen entwickelt. In Brasilien entfaltet sich der Kampf der Bauern um Land immer mehr. Zuletzt wurden deutliche Fortschritte im Kampf gegen die Großgrundbesitzer und ihre Schlägerbanden in den Bundesstaaten Paraíba und Pernambuco im Nordosten Brasiliens gemacht. Die Liga der Armen Bauern spielt in diesen Kämpfen eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle.

In Europa haben sich marxistisch-leninistisch-maoistische Parteien und Organisationen aus acht Ländern, darunter auch das Komitee Rote Fahne aus Deutschland, auf eine gemeinsame Erklärung gegen die Wahlen zum „Europäischen Parlament“ geeinigt und werden entsprechend gemeinsam eine Boykott-Kampagne (siehe QR-Code) gegen diese durchführen: **„NIEDER MIT DER ALLIANZ DER IMPERIALISTEN! BOYKOTTIERT DIE WAHLEN ZUM „EUROPÄISCHEN PARLAMENT“!“**



BILD DES MONATS



Einige Aktivitäten und Kämpfe der Maoisten auf der Welt am diesjährigen 1. Mai; von links oben nach rechts unten: Brasilien, Mexiko, Kolumbien, Norwegen, Türkei, Chile, Finnland, Schweden, Spanien, Frankreich, Deutschland, Österreich, Dänemark

Quelle: redherald.org



¡AL PUEBLO!
LUCHAR!

Unidad Obrera

Unidad Obrera

1º DE MAYO
VIVA LA CLASE
CAMPESENA
LABORERA

TIZAN

TIZAN

TIZAN

VIVE LE 1er MAI
REJOINS
LA JEUNESSE QUI COMBAT !
la Cause du peuple

¡PROLETARIOS DE TODOS
LOS PAÍSES, UNOS!
¡VIVA LA GUERRA POPULAR
EN LA INDIA, TURQUÍA,
PERU Y FILIPINAS!

TAIRES DE TOUS LES PAYS
UNISSEZ-VOUS !
GDP - LJR - FSE - JR

ON A RAISON DE
SE REVOLTER !
LIGUE DE LA
JEUNESSE - RS VALTIOMAKSE

VIVE LE 1er MAI
STOP A LA MILITARISATION
DE LA JEUNESSE
la Cause du Peuple

24:
ONISMS UND
SMUS:
TION DER KPÖ!

PROLETARER I ALLE LANDE
VERDENS FOLK, FOR EN
REDET PALÆSTINAKAMP!
ARTENODIGE M

Ø
MIGJELLEN

1919 DEN HETTERKAMP
FOLKESPROLETARER
MOJANGKAMPEN
DEN 1. MÅJ
IT KANS OFFER:
لنا الحق في

EU-WAHL: BOYKOTTIEREN WIR DIE WAHLEN DER IMPERIALISTEN!

Zwischen dem 6. und 9. Juni sind in Europa Millionen von Menschen dazu aufgerufen das „Parlament“ der Europäischen Union zu wählen. In 27 Mitgliedsstaaten sollen die wahlberechtigten EU-Bürger 720 Abgeordneten ein Mandat zu geben. Seit Wochen sehen wir in unseren Straßen die zahlreichen Wahlplakate der mehr oder weniger erfolgreichen Berufsbetrüger der bürgerlichen Politik. Sie versprechen uns das Blaue vom Himmel, wenn wir sie nur wählen.

Die Europäische Union ist eine Allianz der Imperialisten. Es ist das Bündnis imperialistischer Staaten in Europa, dominiert durch die BRD, die eigene Durchsetzungsfähigkeit vor allem gegenüber den USA aber auch Russland und China zu erhöhen.

Wenn wir oft davon schreiben, dass der Yankee-Imperialismus, die einzige hegemoniale imperialistische Supermacht ist, dann bedeutet das neben vielen anderen Sachen, auch Dominanz im inter-imperialistischen Wettstreit. Die USA können ihre Interessen heute meistens durchsetzen, weil sie politisch, ökonomisch und militärisch wesentlich stärker, als andere imperialistische Mächte sind. Das geschieht hauptsächlich zu Lasten der unterdrückten Nationen, aber auch zum Nachteil der anderen imperialistischen Länder. Die Europäische Union ist heute eine Allianz von imperialistischen Ländern, welche ein Bündnis formen, unter anderem, um zusammen dieser Dominanz des US-Imperialismus entgegenzuwirken. Ein Mittel dafür ist der gemeinsame Binnenmarkt der EU. Dieser ermöglicht es innerhalb der EU einen Rahmen abzustecken und darin Waren- und Kapitalexport durchzuführen. Vor allem auf Kosten der unterdrückten Nationen innerhalb der EU wie Rumänien oder Polen. Sie gehen sogar soweit, einem Land – Mazedonien – die Änderung des eigenen Namen vorzuschreiben. Ein anderes Mittel ist die Vertretung der gemeinsamen Interessen der imperialistischen Länder der EU nach außen, vor allem gegenüber den USA. Das ist eine der gemeinsamen Interessensgrundlagen der Imperialisten auf der die Europäische Union aufgebaut ist.

Aber die EU ist kein Block, schon gar kein einheitlicher, und es gibt keinen „europäischen Imperialismus“. Ganz simpel, weil es keine zwei Dinge in der Welt gibt, die exakt gleich sind und unterschiedliche

imperialistische Länder verfolgen basierend auf ihren eigenen unterschiedlichen Stärken und Schwächen unterschiedliche Politiken, um ihre eigenen unterschiedlichen Interessen durchzusetzen. Ein Bündnis unter Räubern einzugehen, widerspricht dem nicht, gerade wenn man sich gegen einen größeren und stärkeren Räuber, wie die USA, Russland oder China durchsetzen will.

Der deutsche Imperialismus führt die EU und will imperialistische Supermacht werden. Frankreich befindet sich in der EU an zweiter Stelle und dementsprechend auch im Wettstreit mit Deutschland um die Führung der EU. Frankreich will auch imperialistische Supermacht werden. Imperialistische Länder wie Belgien, Finnland oder Italien wollen ihre Stellung innerhalb und außerhalb der EU verbessern. Das sind unterschiedliche Interessen, die aufeinander prallen. Deswegen ist es ein Bündnis und kein Block und ein Bündnis ist immer temporär, auch wenn es Jahrzehnte existieren kann. Wie temporär die EU als Allianz der Imperialisten ist, zeigt sich am Beispiel des Austritts Großbritanniens, und dass es in fast jedem EU-Land Parteien, d.h. Teile der herrschenden Klasse, gibt, die der Auffassung sind, ohne oder außerhalb der EU ihre Interessen besser verfolgen und durchsetzen zu können.

Die Europäische Union ist auch eine blutbesudelte verschworene Mörderbande. Sie ist mit ihren imperialistischen Mitgliedsstaaten und ihren Lakaien in den unterdrückten Nationen einer der „Hauptplayer“ auf der Welt, wenn es darum geht imperialistische Aggressionen gegen die Völker der Welt zu begehen. Die EU deckt und unterstützt den Völkermord in Palästina, sie führt eine eigene Militärmission gegen das jemenitische Volk durch, sie ist federführend dabei auf dem afrikanischen Kontinent die Aufstände gegen den Imperialismus zu bekämpfen, wobei insbesondere der französische aber auch der deutsche Imperialismus, der ihm zur Seite sprang, in Mali eine schallende Niederlage erlitten haben. Die EU ist auch direkt für den Massenmord im Mittelmeer an Flüchtlingen verantwortlich: in den letzten sind es nach bürgerlicher Statistik etwa 30.000 registrierte Tote.

Die Europäische Union als Allianz der Imperialisten hat rein gar nichts mit einer irgendwie „friedlichen“,

„sozialen“ oder „gerechten“ Perspektive für die Völker in- und außerhalb der EU zu tun. Dabei geht es nicht in erster Linie um Ursula von der Leyen, die sich an Impfstoff-Deals bereichert hat, oder die griechische Sozialdemokratin Eva Kaili, die als Vizepräsidentin des EU-Parlaments wegen Korruption, Geldwäsche und Bildung einer kriminellen Vereinigung verhaftet wurde.

Den Angriffskrieg des russischen Imperialismus auf die Ukraine nutzt die EU vor allem, um ihre Militarisierung voranzutreiben. Aufrüstung, mehr Militärbudget und Propaganda sind keine bedingungslosen „Hilfen“ für das ukrainische Volk, sondern zum einen Ausdruck des interimperialistischen Kampfes mit dem russischen Imperialismus und zum anderen der Versuch die unglaubliche Misere und das Leid des ukrainischen Volkes auszunutzen, um während und nach dem Krieg die Ukraine und das Volk soweit auszupressen wie es nur geht. Besonders Deutschland als führender Imperialist in der EU hat sich jetzt schon mit zahlreichen Verträgen den „Wiederaufbau“ der Ukraine gesichert. Was bedeutet, dass die Ukraine nach einem möglichen Kriegsende vor allem von den USA, aber auch der BRD abhängig ist und ausgebeutet wird. Das Bundeswirtschaftsministerium übernahm letztes Jahr 22 Garantien im Wert von 55 Millionen Euro für „Investitionen“, d.h. deutscher Kapitalexpert. Der Pharmamonopolist Bayer plant 60 Millionen für den Ausbau einer Saatgutfabrik, die 2019 aufgebaut wurde. Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall betreibt ein Joint Venture mit dem ukrainischen Staat, was bedeutet, dass die Gelder für die Bewaffnung der ukrainischen Armee, die aus der EU kommen, in deutsche Taschen fließen.

Doch das alles ist kein Beweis dafür, wie mächtig die EU und ihre imperialistischen Akteure sind. Es ist ein Zeichen ihrer Schwäche und das zeigt sich auch in den Kämpfen der Unterdrückten in den EU-Staaten selbst. Der Imperialismus ist monopolistischer, parasitärer und sterbender Kapitalismus und davon ist die EU keine Ausnahme. Der Kampf in Solidarität mit dem heldenhaften palästinensischen Widerstand bringt hundertausende Menschen gegen die Heuchelei der bürgerlichen Demokraten auf die Straße und der proletarischen Revolution näher. Das ist sehr wichtig.

Weiter sehen wir Widerstandsaktionen der proletarischen Jugend wie im vergangenen Sommer in Frankreich, die Massenproteste der Landwirte und Bauern, die das politische System nachwirkend erschüttert haben usw. usf.

Deswegen müssen wir zu den bürgerlichen Wahlen eine klare Haltung einnehmen und das imperialistische System und ihre Vertreter nicht mit unserer Stimme legitimieren. Was uns fehlt ist nicht noch

eine bürgerliche Wahlpartei, auch wenn sie wie MLPD oder DKP rote Fahnen missbrauchen. Der Wahlboykott auch deswegen so entscheidend, weil wir nicht nur negieren, das imperialistische System und den parlamentarischen Weg ablehnen, sondern vor allem unseren Weg, den Weg des unerbittlichen und unversöhnlichen Kampfes sowohl für unsere unmittelbaren Bedürfnisse, aber insbesondere auch und verbunden damit den revolutionären Kampf für ein Gesellschaftssystem ohne Ausbeutung und Unterdrückung hochhalten. •

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Nieder mit der Allianz der Imperialisten



BOYKOTTIERT

die Wahlen zum
„Europäischen Parlament“!

Unterzeichner: Komitees für die Gründung der (maoistischen) Kommunistischen Partei Österreichs
Komitee Roter Stern, Dänemark / Maoistisches Komitee in Finnland / Maoistische Kommunistische Partei (Frankreich)
Komitee Rote Fahne, Deutschland / Kommunistisches Komitee der Niederlande
Dem Volke Dienen - Kommunistischer Bund Norwegens / Maoistische Kommunistische Partei - Spanischer Staat

„RAUE ZEITEN“ – 75 JAHRE GRUNDGESETZ

Das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ wurde am 23. Mai 1949 eingeführt. Von September 1948 bis Juni 1949 tagte in Bonn der sogenannte Parlamentarische Rat und erarbeitete das Grundgesetz in dieser Zeit im Auftrag der drei westlichen Besatzungsmächte, den USA, England und Frankreich. Es wurde anschließend von den deutschen Landtagen in den drei westlichen Besatzungszonen, mit Ausnahme des bayerischen Landtags, angenommen. Eine weitere Legitimation wie z.B. eine Volksabstimmung gab es nicht. Das Grundgesetz und die damit einhergehend gegründete Bundesrepublik Deutschland hatten einen provisorischen Charakter. Der Parlamentarische Rat war der Auffassung, wie heute die saganumwobenen „Reichsbürger“, dass das Deutsche Reich fortbestehe und eine neue Verfassung für den Gesamtstaat daher nur von allen Deutschen beschlossen werden könne. Das Grundgesetz war entsprechend als „vorläufige Teilverfassung Westdeutschlands“ konzipiert, weil es sich nicht auf die mittel- und ostdeutschen Reichsgebiete, sowie das Saarland erstreckte.

Die Gründung der BRD, deren Grundlage das Grundgesetz war, war ein Projekt, welches hauptsächlich von den USA betrieben wurde und Teil des Kampfes gegen den siegreichen Sozialismus. Diese Gründung setzte die Teilung Deutschlands durch, die Gründung der DDR geschah erst im Nachhinein. Mit der BRD wurde ein militarisierte deutscher imperialistischer Staat geschaffen, der fest in die NATO eingegliedert wurde, und der bis heute ein wichtiger Stützpunkt der Yankees ist: rund 40.000 US-Soldaten stehen auf deutschem Boden, ebenso einiges an Atomwaffen und unter anderem auch das Afrika-Kommando der USA. Richtigerweise stimmte die Kommunistische Partei Deutschland gegen dieses Grundgesetz.

Auch wenn das eigentlich ein unrühmlicher Beginn war, eine von den Besatzern als Resultat der totalen Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg aufgezwungene Interimslösung, feierte der deutsche Imperialismus jüngst das 75-jährige Bestehen des Grundgesetzes. Insbesondere der Föderalismus, der mit dieser Verfassung dem deutschen Imperialismus auferlegt wurde, ist weiterhin eines der größten bestehenden Probleme, welcher dieser in seinem Bestreben danach den Sprung zur Supermacht zu vollziehen hat.

In seinen Stolz über das Grundgesetz, sagte in einer Feierrede das deutsche Staatsoberhaupt, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, mische sich aber auch Unbehagen. *„An einem Feiertag wie heute mischt sich in den Stolz auch Unbehagen. Manche fragen: Was bleibt von den großen Versprechen des Grundgesetzes? Wenn die Menschenwürde garantiert ist – und sich trotzdem viele Menschen feindlich und immer unversöhnlicher gegenüberstehen?“* Das „große Versprechen“ ist in der Tat eine grobe Lüge. Das Grundgesetz ist die Ordnung der Klassengesellschaft, in welcher sich Ausgebeutete und Ausbeuter, Arbeiter und Kapitalisten solange unversöhnlich gegenüberstehen werden, wie dieses System noch existieren wird. Nicht weniger sieht sich das Staatsoberhaupt hier gezwungen anzuerkennen.

Steinmeier fährt in seinen Ausführungen fort: *„Ja, die Spannung zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit ist nicht zu übersehen. [...] das Grundgesetz ist [...] nicht das Ziel, sondern Kompass. Unser Grundgesetz sagt nicht, was wir sind. Es zeigt uns, was wir sein können. Darin steckt eine Aufforderung für uns, für unsere Zukunft. Das verlangt Mut, Tatkraft und den offenen Blick für die Realität. Wir müssen erkennen, dass sich diese Realität radikal verändert hat. Nach Jahrzehnten [...] erleben wir einen epochalen Bruch. [...] Manche Gewissheiten, die unser Leben geprägt haben, sind weniger geworden. Wir leben in einer neuen Unübersichtlichkeit.“* Was das deutsche Staatsoberhaupt damit ausspricht, ist in schönen Worten der Aufruf zum Verfassungsbruch. Erst degradiert er die Verfassung zu einer reinen Orientierungshilfe, die sowieso nicht mehr so richtig akkurat sei, um dann aufgrund der sich verändernden Begebenheiten eine neue Richtung vorzugeben. Inwieweit diese Richtung mit dem Kompass der deutschen Verfassung übereinstimmt, bleibt offen.

Neben den bereits angesprochenen Fragen des Staatsorganisationsrechts und der Notwendigkeit den Föderalismus zu überwinden, stehen gegenwärtig insbesondere die ersten Paragraphen zunehmend im Feuer der sogenannten Realpolitik. Die dort festgelegten Grundrechte, sind die Entsprechung der „Menschenrechte“ – dargestellt als etwas über den Klassen stehendes, was auch das „Recht“ auf Privateigentum, sprich das „Recht“ des Finanzkapitals die Welt auszulündern, beinhaltet – in der deutschen Verfassung. Diese Grundrechte sind dem Prinzip nach sogenannte

Abwehrrechte des Grundrechtsträgers (d.h. dem Menschen bzw. dem Deutschen) gegenüber Eingriffen von Hoheitsträgern. In der aktuellen Entwicklung lässt sich feststellen, dass besonders Artikel 4 der Glaubens- und Gewissensfreiheit, sowie die Freiheit des religiösen



Reichspräsident
Frank-Walter Steinmeier

und weltanschaulichen Bekenntnisses garantieren soll, Artikel 5 zur Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit, sowie die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, Artikel 8 Versammlungsfreiheit und Artikel 9 über Vereinigungsfreiheit und Koalitionsfreiheit für gewisse Teile der Bevölkerung außer Kraft gesetzt werden. In anderen Teilen dieser Zeitung behandeln

wir diese Fragen detailliert, darum seien sie hier nur genannt. Aber auch Artikel 12 über das Verbot der Zwangsarbeit und Artikel 16a der das Recht auf Asyl garantiert sind in ihrer Gültigkeit wesentlich eingeschränkt. Betroffen sind davon in der Regel „natürlich“ Ausländer und solche Menschen, die sich in irgendeiner Form in Opposition zum Status Quo stellen. Artikel 20 der dem Rechtsträger eigentlich ein sogenanntes Widerstandsrecht zugestehen wurde mit den Corona-Maßnahmen in sein Gegenteil verkehrt. Als hunderttausende mit dem Grundgesetz in der Hand marschierten, um ihre Rechte einzufordern, war es das Infektionsschutzgesetz welches dem „Menschenrecht“ übergeordnet wurde, entsprechend schlug die deutsche Polizei die Protestierenden mit aller ihr zur Verfügung stehenden Brutalität zusammen und griff eine friedliche Demonstration, an deren Spitze auch Frauen mit Kinderwägen gingen, mit Wasserwerfern und biologischen bzw. chemischen Kampfstoffen an. Kein Wunder, dass Steinmeier ein Lapsus passierte, als er den Artikel 1 einen „Fickstern“ nannte, denn die Würde des Menschen ist antastbar in Deutschland.

Die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, bricht ihr eigenes Recht nach Belieben, bzw. entsprechend ihren Notwendigkeiten und in diesem Sinne verkündet der Bundespräsident: „Wir leben in einer Zeit der Bewährung.

Es kommen rauere, härtere Jahre auf uns zu. Die Antwort darauf können und dürfen nicht Kleinmut oder Selbstzweifel sein. Es wäre ganz falsch, den Kopf in den Sand zu stecken oder von einer bequemeren Vergangenheit zu träumen. Falsch ist es nach meiner festen Überzeugung auch, täglich den Untergang unseres Landes zu beschwören. All das lähmt, das bringt uns nicht weiter. Wir müssen uns jetzt behaupten – mit Realismus, mit Ehrgeiz. Das ist die Aufgabe unserer Zeit. Selbstbehauptung ist die Aufgabe unserer Zeit! [...] wir müssen unsere Ziele schärfen und anpassen an die neuen Herausforderungen. Und vor allem müssen wir offen reden über die Größe der Aufgabe und die Verantwortung, die für uns daraus erwächst, für die Politik, aber auch für jeden Einzelnen von uns. [...] Wir müssen mehr tun für unsere Sicherheit. Wir müssen in unsere Verteidigung investieren, wir müssen unser Bündnis stärken. [...] Militärische Sicherheit und gesellschaftliche Widerstandskraft, beides gehört zusammen. [...] Wer heute unsere liberale Demokratie bekämpft, muss wissen, dass er es dieses Mal mit einer kämpferischen Demokratie und mit kämpferischen Demokratinnen und Demokraten zu tun hat.“

Es wird wieder einmal deutlich: Militarisierung ist für den deutschen Imperialismus und dem ersten Mann im Staat das Gebot der Stunde, um den Herausforderungen zu begegnen. Wenn die Revisionisten rote Fahnen mit roten Fahnen bekämpfen, so bekämpft hier ein Demokrat die Verfassung mit der Verfassung und verunglimpft im gleichen Atemzug alle, die im allgemeinen nicht seiner Meinung sind als Extremisten und bedroht sie ganz unverhohlen und direkt. „Alles für Deutschland“, sagt Bernd Höcke, und Steinmeier tut es ihm gleich. Alle Bereiche der Gesellschaft, die juristischen Institutionen, die dem Vormarsch der Exekutive in Teilen noch Widerstand leisten eingeschlossen, werden »kriegstüchtig« gemacht. An der Heimatfront schleift man die Grundrechte, schränkt die Religions-, Meinungs-, Versammlungs-, Organisations- und Pressefreiheit ein. Mit Gesetzen und Verordnungen, vermittelt polizeilichem Gutdünken oder den diversen Geheimdiensten soll für Ruhe und Ordnung gesorgt werden, wo der Aufstand schwelt. Denn, wie Steinmeier richtig feststellt, ist die deutsche Demokratie „unter Druck“, bedeutet die herrschende Diktatur des deutschen Imperialismus ist schwach und nicht stark, sterbend und nicht vital, und es „erstarken [...] Kräfte, die sie schwächen und aushöhlen wollen, die ihre Institutionen verachten“. Sie haben Angst, Angst vor dem „eigenen“ Volk. Niemand sollte Illusionen in die bürgerlichen Verteidiger von „Demokratie und Menschenrechten“ haben, genauso wenig darf Unklarheit darüber bestehen, dass das Grundgesetz eine Verfassung der Diktatur einer Klasse über eine andere, der Herrschenden über uns, ist. •

AUSBEUTUNG VON MIGRANTINNEN: STUNDENLOHN VON 80 CENT



In dieser Kita in Lindau, Bayern, ist Arbeit für 80 Cent die Stunde Gang und Gäbe

Wenn man gerade meint, das Asylrecht könne kaum noch reaktionärer und die Politiker nicht noch dreister und chauvinistischer werden, dann kommt doch glatt irgendein Abgeordneter daher und überzeugt einen vom Gegenteil.

Seit einiger Zeit werden Forderungen aus der Politik laut, dass Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit gezwungen werden sollen, um „die Kommunen zu entlasten“, um „als Dank für die Solidarität der Gemeinschaft etwas zurückzugeben“, und um „die Akzeptanz von Asylbewerbern zu erhöhen“.

Das heißt konkret: für einen Stundenlohn von 80 Cent Müll sammeln in Parks, in der Gebäudereinigung arbeiten, oder im Kindergarten oder in der Pflege, das ganze dann 4 Stunden am Tag. Bei einer Verweigerung der Zwangsarbeit drohen Leistungskürzungen von bis zu 180 Euro im Monat. Den „Lohn“ gibt es übrigens nicht vom Betrieb in dem man schuftet, sondern von der Ausländerbehörde, also direkt vom Staat. In manchen Landkreisen wird das bereits umgesetzt.

Während Unternehmer von einem „gegenseitigen Vorteil“ für alle Beteiligten sprechen und bei dem Vorhaben volle Unterstützung von der Bundesregierung bekommen, hatten die Abgeordneten zuletzt eine Gehaltserhöhung für sich selbst beschlossen, nach der sie nun stattlich 11.227,20 Euro im Monat erhalten werden. Als Vergleich: bei 20 Arbeitsstunden pro Woche sind es ganze 64 Euro im Monat, die Migranten nach diesem Modell der Ausbeutung erhalten. CDU-Politiker Reinhard Sager will sogar noch einen drauf setzen und den Gratisarbeitszwang auf gewerbliche Unternehmen erweitern.

Nach geltender Rechtslage dürfen Asylbewerber erst nach drei bis neun Monaten arbeiten, je nachdem, ob sie Kinder haben oder nicht und in was für einer Unterkunft sie leben. Migranten aus sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ haben grundsätzlich gar keine Arbeitserlaubnis. Darunter fallen Länder wie Ghana, Senegal, die Balkanstaaten, sowie Marokko, Tunesien und Algerien, die jetzt noch dazu kommen sollen. Was aber sehr wohl trotzdem möglich ist, egal wie der eigene Status ist, ist die Arbeit für 80 Cent die Stunde.

Halten wir fest: es wird sich darüber beschwert, dass zu wenig Asylsuchende arbeiten, und dass der Prozess der Integration in den Arbeitsmarkt zu lange dauert. Aber den bürokratischen Prozess beschleunigen tut niemand, und richtige Jobs werden auch nicht angeboten. Anstatt dass Wartezeiten verkürzt werden, Sprachkurse ausgebaut werden und die Arbeitsverbote aufgehoben werden, wird Migranten das Recht auf sozialversicherungspflichtige Jobs verwehrt und sie werden zu Arbeit mit einem Hungerlohn gezwungen, welche in der Praxis Gratisarbeit ist. Genauso, wie der Bauer Frondienst für die Barone und Grafen im Mittelalter leisten musste, um das „Recht“ zu erhalten mit seiner Familie auf einem mageren Stück Land zu hungern, so sollen heute Menschen aus der Dritten Welt als Leibeigene für den imperialistischen Staat schufteten, um auf deutsche Boden zu leben zu dürfen.

Es ist ja nicht so, dass die Leute alle unausgebildet nach Deutschland kommen würden. Die Abschlüsse werden einfach nur nicht anerkannt. Lieber lässt der deutsche Imperialismus Migranten die Drecksarbeit machen, das fördert die Konkurrenz im Niedriglohnsektor, dadurch können die Löhne niedrig bleiben, und dazu fördert es noch die Spaltung der Arbeiterklasse, indem in chauvinistischer Manier auf die Migranten in den unbeliebten schlecht bezahlten Jobs herab geschaut werden kann.

Geflüchtete Frauen arbeiten wesentlich seltener als geflüchtete Männer. Laut einer Studie vom Forschungsinstitut der Bundesarbeitsagentur arbeiten 60% der Männer, die seit 2013 nach Deutschland gekommen sind, bei den Frauen sind es nur 28%. Schwarzarbeit wird dabei natürlich nicht berücksichtigt. Das hat verschiedene Gründe. Zum einen kommen geflüchtete Frauen öfter mit Kindern, während vor allem junge Männer häufiger alleine hier her kommen, oder zumindest ohne Kinder. Dann treffen sie hier auf eine unzureichende Kinderbetreuung (für Kleinkinder unter drei Jahren fehlen deutschlandweit über 340.000 Kitaplätze) und müssen gegebenenfalls lange auf einen Kitaplatz warten. Dazu kommen dann familiäre Verpflichtungen, die umfangreich sein können. Außerdem sind die Berufe, die überall auf der Welt tendenziell Frauen ausüben, meist soziale Berufe bei denen gesprochen wird und für die folglich Deutschkenntnisse wichtig sind. Zuletzt muss man noch berücksichtigen, dass gerade migrantische Frauen schwerer einen Job bekommen,

weil hier imperialistischer Chauvinismus gegenüber Ausländern, die kaum deutsch sprechen, eine Rolle spielt, genauso wie die patriarchalen Ideen, dass Frauen weniger fähig seien einen bestimmten Beruf auszuüben.

Die 80 Cent Regelung nutzt die Situation aus, dass Migranten für eine bestimmte Zeit noch nicht bzw. manche auch einfach grundsätzlich gar nicht arbeiten dürfen und nutzt auch den Deutschkursmangel aus. Wenn doppelt so viele Frauen nicht arbeiten, wie Männer, dann zielt diese Regelung insbesondere auf Frauen.

Warum sind Menschen bereit, ohne Lohn zu arbeiten? Um nicht wahnsinnig zu werden beim Nichtstun und auf die Papiere warten in einer Containerunterkunft, um neue Kontakte hier im Land zu knüpfen, um erste Deutschkenntnisse zu bekommen, und weil man vielleicht Hoffnung hat auf einen bezahlten Arbeitsplatz später an der Stelle. Das sind alles verständliche und legitime Gründe, einfach irgendeiner Beschäftigung tagsüber nachzugehen. Der deutsche Imperialismus nutzt das schonungslos aus und stellt das auch noch als ein nettes Angebot dar, erklärt das zu einem „gegenseitigen Vorteil“.

Von der Regelung sind je nach Tätigkeitsfeld speziell weibliche Migranten betroffen. Obwohl für soziale Berufe wie z.B. als Erzieherin eigentlich Deutschkenntnisse notwendig sind, scheut die deutsche Bourgeoisie nicht davor, trotzdem Frauen dort einzusetzen, wenn es denn nur 80 Cent die Stunde kostet. Andere häufige Einsatzgebiete sind Reinigungstätigkeiten aller Art, auch hier sind oft Frauen vertreten.

Frauen aus der dritten Welt haben eine besondere Rolle, denn sie sind noch unterdrückter als Frauen aus imperialistischen Ländern. Ihr Lohn ist in der Regel niedriger, sie erleben imperialistischen Chauvinismus und erleiden häufiger Partnerschaftsgewalt, um nur einige Auswirkungen zu nennen. Dafür haben sie aber auch umso mehr Gründe, zu rebellieren und der Unterdrückung ein Ende zu setzen. Dass es möglich ist, dass Menschen offiziell rechtlich dazu gezwungen werden ohne Lohn zu arbeiten, ist eine unglaubliche Schweinerei, und das in einem Land das sich „Freiheit, Humanität und Demokratie“ auf die Fahnen schreibt. Aber wenn die berechtigte Wut der Frauen erst einmal kanalisiert wird, dann sind die Aussichten ganz wunderbar. •

DAS 29-EURO-TICKET: EINE BILLIGE „WAHL-MASCHE“

Ab dem 1. Juli gibt es in Berlin ein neues 29-Euro-Ticket, das sogenannte „Berlin-Abo“. Der Vorverkauf dafür läuft schon seit über einem Monat. Laut ehemaliger deutscher Familienministerin, Berliner Bürgermeisterin und jetziger Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD), soll sich das 29-Euro-Ticket an die Leute richten, für die das 49-Euro-Ticket zu teuer ist. Das 29-Euro-Ticket war ein zentrales Wahlkampf-Thema der Berliner SPD in der vergangenen Wiederholungswahl. Wir wollen uns anschauen, ob das 29-Euro-Ticket tatsächlich bestehende Probleme im Berliner ÖPNV löst, oder ob es nur eine Masche im Wahlkampf der SPD, nur Schein statt Sein, ist.

Bis zum 15. Mai wurden rund 75.000 Abonnementanträge gestellt, wobei 85 Prozent der Antragsteller Bestandskunden sind, die auf ein preiswerteres Abonnement umgestiegen sind. Die restlichen Antragsteller sind hauptsächlich Gelegenheitskunden, die bisher Einzelfahrkarten oder Wochenkarten erworben haben. Auch wenn von der Verkehrsbranche und einigen anderen Bundesländern wie Bayern, Alarm geschlagen und befürchtet wurde, dass das „Berlin-Abo“ das bundesweite Deutschlandticket untergraben könnte, sagen die Zahlen etwas anderes. In Berlin nutzen fast 900.000 Fahrgäste das Deutschlandticket, womit nicht mal 10% auf das 29-Euro-Ticket umgestiegen sind. Ein Grund für viele Pendler nicht umzusteigen wird sein, dass das „Berlin-Abo“ nur in

den Bereichen A und B gültig ist, also nur bis zur Stadtgrenze.

Die Berliner Senatsverwaltung sieht das neue 29-Euro-Ticket mit eingeschränktem Geltungsbereich als „Sozialmaßnahme“, so Giffey. Der Senat finanziert das 29-Euro-Ticket mit 300 Millionen Euro pro Jahr, zusätzlich zu den Kosten für das Deutschlandticket, das weiterhin besteht. Insgesamt will Berlin sich den eigenen Weg mit Kosten von 450 Millionen Euro pro Jahr leisten. Für Menschen mit wenig Geld gibt es weiterhin das Berlin-Ticket S für 9 Euro im Monat. Das „Sozialticket“ kann von Menschen mit Berechtigungsausweis gekauft werden.

Das 29-Euro-Ticket ist nicht übertragbar. Während ein Hund kostenfrei mitfahren darf, muss für ein Fahrrad extra gezahlt werden. Die Mitnahme von Kindern unter sechs Jahren ist erlaubt (weil Kinder unter sechs Jahren ohnehin kostenlos mit dem ÖPNV fahren dürfen, das ist also kein so großer Pluspunkt ...), ältere Menschen benötigen ein eigenes Ticket.

Insgesamt ist also zu sagen, dass das 29-Euro-Ticket nicht wirklich viel mehr Vorteile bringt als das 49-Euro-Ticket. Auch wenn man 20 Euro im Monat sparen würde, das Deutschlandticket ist nicht nur in der Nutzung flexibler, sondern auch monatlich kündbar, wohingegen das „Berlin-Abo“ für mindestens ein Jahr abgeschlossen werden muss, bevor man das Abo beenden kann. Vor allem, wenn man sich am Stadtrand bewegt, oder ab und zu mit der Bahn aus Berlin raus fährt, ist das „Berlin-Abo“ nicht sonderlich attraktiv.

Es ist zudem fraglich, wie lange das Ticket als solches bestehen bleibt, denn das 29-Euro-Ticket führte bereits zu Reibereien zwischen der SPD und der CDU. Auch die immer so widerliche Gewerkschaft der Polizei hat wichtige und sehr ernst zu nehmende Einwände, denn aus ihrer Sicht sei aufgrund des 29-Euro-Tickets nicht mehr genug Geld für „Innere Sicherheit“ da. *„Die von Innensenatorin Iris Spranger vorgestellten Sparpläne für Inneres*



„wären der Kollaps für Polizei und Feuerwehr“, teilte der GdP-Landesvorsitzende Stephan Weh am Donnerstag mit. Wie jeder weiß, wenn die Berliner Polizei etwas behauptet, dann ist das gesetzt, dafür braucht es keine Richter, ein Gericht oder so. Wenn Polizisten rumheulen, ist es immer doppelt wahr.

Wir fassen also zusammen: Das 29-Euro-Ticket scheint auf den ersten Blick wie eine nette Sache. Wer spart nicht gerne 20 Euro im Monat, aber auf den zweiten Blick entpuppt sich das ganze als halbgar und (offenbar mit Absicht) nicht zu Ende gedachte Angelegenheit. Die ganze Aktion ist eher als ein Publicity-Stunt der SPD zu sehen, nach dem Motto „Wir halten ein was wir während der Wahl versprechen“. Eher Ausnahme als die Regel – im Bund, wie in den Ländern. So wie das 29-Euro-Ticket nun aufgezo-gen wurde, ist es fraglich, wie lange es das Ticket in der Form überhaupt geben wird.

Die ganze Nummer ist an erster Stelle ein Schachern mit den Bedürfnissen der Menschen. Es braucht definitiv einen besseren Nahverkehr, und dieser

sollte KOSTENLOS sein! Doch das, was Giffey und ihre SPD mit dem 29-Euro-Ticket gebracht haben, ist nur Heuchelei und ein fauler Trick, um die „Wählergruppe“ der Armen anzusprechen. Auch dieses Wahlversprechen ist leer, und diesmal nicht, weil es nicht umgesetzt wurde, sondern weil es von jeglichem Sinn befreit ist, und nur dafür da war, um eine Show, nämlich den Wahlzirkus weiter fortzuführen. Die Herrschenden in diesem Land verbringen ihre Zeit lieber damit, sich irgendwelche Pseudo-Lösungen auszudenken, um ihre Wiederwahl zu „legitimieren“ bevor sie auch nur einen Finger rühren würden, um unsere Probleme tatsächlich anzugehen.

Unter solchen Umständen, dass sich so viele Menschen mit allem Recht immer wieder und wieder verarscht und über den Tisch gezogen fühlen, ist es schon eine Frechheit, es „Freiwild-Kultur“ zu nennen, wenn den Leuten mal die Hutschnur platzt. Ob es hier mal ein Einkaufsbeutel ist, der Giffey um die Ohren gehauen wird oder dort mal ein Ei am Ersten Mai – es zeigt sich, die Leute haben die Schnauze gestrichen voll. •

Eierwurf von Unbekannten bei Giffeyes Rede auf der DGB-Kundgebung am 1. Mai 2022 in Berlin



HETZE GEGEN MUSLIME – AUSHEBELUNG DEMOKRATISCHER RECHTE UND FREIHEITEN



Zweite „Islamisten“-Demo am Steindamm – Symbolbild für den Stand der Meinungsfreiheit in diesem Land

Im vergangenen Monat wurden in der Hamburger Bürgerschaft zu unterschiedlichen Anlässen zwei Themen diskutiert, die aber einen gemeinsamen Nenner haben. Einmal ging es um die sogenannten „Islamisten-Demos“ in St. Georg, das andere mal ging es um das Tragen religiöser Gesichtsverschleierungen an Schulen. In beiden Fällen geht es um Verbote. Es werden grundlegende demokratische Rechte verletzt und insbesondere wird eine reaktionäre Hetze gegen Muslime betrieben, um die allgemeine anti-muslimische Stimmung – die seit dem 7. Oktober in Deutschland ein neues Niveau erreicht hat – weiter anzufeuern.

An der ersten Demonstration in der Hamburger Innenstadt nahmen etwa 1.000 Menschen teil und der Aufschrei in den Medien war groß. Auf der Demonstration wurden weitgehend demokratische Forderungen hochgehalten. Vor allem ging es darum, chauvinistische anti-muslimische Hetze anzuprangern. Angriffe auf und Lügen über Muslime wurden denunziert. Allerdings wurden die Demonstrationsteilnehmer in der Öffentlichkeit als „gefährliche Islamisten“ gebrandmarkt, deren einzige Forderung ein Kalifat als Regierungsform in Deutschland sei. Innenministerin Nancy Faeser betitelte die Demonstration als „Terrorpropaganda für die Hamas“ und forderte ein härteres Einschreiten, heißt Angriffe auf Meinungs- und Orga-

nisationsfreiheit. Es wurden Verbote gefordert, zum einen gegen eine zweite Demonstration am 11. Mai, aber auch ein Vereinsverbot von „Muslim Interaktiv“ selbst.

Die zweite Demonstration konnte nicht komplett verboten werden, durfte aber nur unter der Einhaltung besonders strenger und absurder Auflagen stattfinden. Diese schikanösen Beschränkungen sind kein direktes Verbot der Demonstration an sich, allerdings wurde der Ausdruck der Demonstration durch diese so sehr eingeschränkt, dass sie einem de facto Verbot sehr nahe kommen. Aus diesem Grund fand die zweite Demonstration dann entsprechend unter dem Tenor „gegen Zensur und Meinungsdictat“ statt und die Demonstranten hielten Schilder hoch auf denen „Verboten“ und „Zensiert“ stand. Bemerkenswert ist, dass an dem Tag mit 2.300 Teilnehmern mehr als doppelt so viele Leute auf der Straße waren als zuvor, offensichtlich eine Reaktion auf die krasse Hetzkampagne in den bürgerlichen Medien. Es wurden explizite Auflagen erteilt, um gezielt die Palästinasolidarität zu unterdrücken. Ein Verbot der Organisation Muslim Interaktiv wird derzeit geprüft, Repressionmaßnahmen, wie Hausdurchsuchungen sind aber schon längst am Laufen. Insbesondere wurde auch gegenüber denjenigen Personen, die als Repräsentanten bzw. Anmelder der Demonstration in der Öffentlichkeit

stehen, eine widerliche persönliche Hetzkampagne losgetreten.

Die Kräfte, die die „Islamisten-Demos“ organisieren sind Anti-Kommunisten und vertreten im allgemeinen ein abgründig reaktionäres Weltbild. Aber sie werden deswegen nicht verfolgt und dämonisiert, sondern weil sie Muslime sind. Es wäre keine „Skandal“, wenn irgendwelche Christen einen „Gottesstaat“ forderten oder behaupteten, dass die Bibel Richtschnur für alles sei, und dafür auf die Straße gegangen würde. Solche Leute gibt es eine Unmenge in Deutschland, wie z.B. die Partei Bibeltreuer Christen, „christliche Fanatiker“ gegen die „Verfassungsschutz“ und „Staatsschutz“ nicht aktiv werden. Gruppen wie „Muslim Interaktiv“ werden verfolgt und dämonisiert, weil sie Muslime sind und weil sie auf ihre Art, gegen die imperialistische Aggression protestieren.

Diese ganze Hetzjagd, hochgeschaukelte Empörung und der offene Chauvinismus reiht sich ein in die Hetze, die gegen das Islamische Zentrum Hamburg Ende des vergangenen Jahres betrieben wurde. Die „blaue Moschee“ ist Zentrum der schiitischen Muslime, nicht nur in Hamburg, sondern bundesweit, soll aber angeblich verlängerter Arm des Irans in Deutschland sein. Aus diesem Grund wurden im November des letzten Jahres etliche Hausdurchsuchungen bundesweit durchgeführt und die schiitische Gemeinde als Ganzes ins Visier genommen. In diesen Tagen reicht es aus, Muslim zu sein, der Teil einer Gemeinde ist, oder auf die Straße geht, um gegen anti-muslimische Hetze einzustehen, um als „gefährlicher Islamist“ und „gesicherter Extremist“ zu gelten. Dieser Chauvinismus muss entschieden verurteilt und bekämpft werden. Neben einer immer weiter gehenden Spaltung der Massen in diesem Land, kommt noch die perfekte Rechtfertigung, jeden palästinensolidarischen Protest mundtot zu machen, wie die Demonstrationen vom Steindamm zeigen.

Neben den versuchten Verboten und Hetze gegen muslimischen politischen Protest, wurde in der Hamburger Bürgerschaft im Mai ein anderes Verbot durchgesetzt, was sich ebenfalls gegen Muslime richtet. Die Rede ist von dem Verbot Gesichtverschleierungen an Schulen zu tragen. Aber nicht irgendwelche Gesichtverschleierung, Coronamasken z.B. sind davon natürlich nicht betroffen, sondern es ist explizit gegen die muslimische Verschleierung gerichtet. Dieses Verbot ist bereits an Hamburger

Schulen praktisch eingeführt, hat nun aber auch die notwendige rechtliche Grundlage erhalten. So wird verhindert, dass – wie es 2020 bereits geschah – eine Schülerin vor Gericht gewinnen und sich durchsetzen kann. Anzumerken ist, dass in Hamburg nach aktuellen Zahlen nur zehn „Fälle“ bekannt sind, in denen Mädchen mit Gesichtverschleierung die Schule besuchten. Das widerlegt jede Behauptung, dieses Verbot würde irgendeinem tatsächlichen Mehrwert in den Schulen dienen, außer der Schikane gegen muslimische Schülerinnen. Dass in diesem Land so etwas wie eine Religionsfreiheit formal existiert, interessiert den Staat und seine herrschende Klasse anscheinend herzlich wenig. Natürlich wird beteuert, dass dieses Verbot „nur“ die Gesichtverschleierung betrifft und Kopftücher nach wie vor erlaubt bleiben, das ändert aber nichts an dem gemachten Schritt. Wenn die eine religiöse Bekleidung heute verboten wird, wieso sollten sie dann andere Kleidungsstücke morgen nicht auch verbieten, wie es ihnen passt? Die Geschichte hat oft genug bewiesen, dass die Bourgeoisie, egal welche ihrer Fraktionen es auch sein mag, immer wieder falsche Versprechungen macht und Sachen beteuert, die sie im nächst besten Moment einfach über den Haufen werfen. Wozu die anti-muslimische Hetze in den Diskussionen der Bürgerschaft oder in den bürgerlichen Medien dann in der Realität führt, sind Fälle, wie im März im Stadtteil Billstedt, wo eine junge Muslima, die gerade mit ihrem Säugling im Kinderwagen durch den Park spaziert ist, von zwei Männern beleidigt und brutal ins Gesicht geschlagen wurde. Die junge Mutter fiel zu Boden und ihr wurde ihr Kopftuch abgerissen. Sie wurde mit einem Nasenbeinbruch und einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht, ihr Kind blieb bei dieser Attacke glücklicherweise unverletzt. Ein Beispiel, wie die bürgerliche Hetze verfängt.

Insgesamt lässt sich eine Zunahme der Hetze, Schikane und Angriffe gegen Muslime feststellen – ob „islamistisch“ oder nicht, ob im Kontext der Palästinensolidarität oder beim bloßen Spazierengehen. Die vom Volk gegen die Herrschenden erkämpften demokratischen Rechte und Freiheiten, genau jene, die als angebliche „westliche Werte“ gegen den „Islamismus“ hochgehalten werden, sind einem konstanten Angriff ausgesetzt und es gilt insbesondere das Recht zu glauben, und das Recht nicht zu glauben, sowie das Recht aus den entsprechenden Überzeugungen Konsequenzen zu ziehen und diese auch öffentlich kundzutun, zu verteidigen. •

AKTIONEN FÜR PALÄSTINA IM FRÜHJAHR

In Bremen kommt es wöchentlich zu Aktionen in Solidarität mit dem Volk Palästinas. Demonstrationen, Kundgebungen, Vorträge, und zuletzt eine Uni-Besetzung. An vielen Aktivitäten nahmen Aktivist:innen des Roten Bundes teil, sie organisierten im Februar auch einen eigenen Vortrag.



Menschen aus dem Viertel dazu gesellten bzw. an ihr teilnahmen. Es wurden entschlossene und kämpferische (und keine trauernden und pessimistischen) Parolen auf deutsch und arabisch gerufen und in Redebeiträgen die verfaulten und dem Untergang geweihten Völkermörder, sowie ihre Komplizen unter anderem aus Deutschland angeprangert und der nationale Widerstand des Volkes von Palästina hochgehalten. Ein Großteil der vorbeilaufenden und fahrenden Menschen solidarierte sich direkt mit der Kundgebung – das gesamte Viertel zeigte mit Nachdruck, auf welcher Seite es steht.

Das wurde auch deutlich, als der Staat seine Schergen in einem völligen Überaufgebot

Der Staat baut eine unglaubliche Drohkulisse für jede Veranstaltung auf, die unzählige Meinungsäußerungen, angefangen mit der Parole „From the river to the sea“, und insbesondere in arabischer Sprache verbietet. Zudem verbietet er de facto bei den mit strikten Auflagen versehenen Versammlungen rote Fahnen aus fadenscheinigen Gründen – und so wurde im letzten Dezember auch ein Hochtransparent des Roten Bundes mit der Aufschrift „Die Rebellion ist gerechtfertigt“ auf Deutsch und Arabisch von der Polizei angegriffen.

vorbeischickte, um die Teilnehmer einzuschüchtern. Polizeiwannen parkten auf allen Seiten der Kreuzung und ringten die Versammlung auf dem Platz förmlich ein. Die Teilnehmer ließen sich davon nicht irritieren und hielten weiter lautstark die Fahne hoch. Nach Ende der Kundgebung allerdings stürmte ein

Am 7. Mai begann die völkermörderische Bodenoffensive des israelischen Militär in Rafah. An diesem Tag wurde in Gröpelingen im Handumdrehen eine Spontankundgebung durchgeführt. Die Fahne des nationalen Widerstands und des Roten Bundes wehten nebeneinander auf dem zentralen Platz in Gröpelingen, wo sich viele der



Demo gegen die den Völkermord unterstützende in Bremen ansässige Rüstungsindustrie Mitte April

Großaufgebot in Uniform, die nichts anderes in ihrem Leben gelernt haben, als einen Befehl von oben zu kommen und geradeaus zu schlagen, auf eine sich vom Versammlungsort zurückziehende Gruppe los, um einen Teilnehmer, den sie beschuldigten, Wahlplakate mit einem Stock zerstört zu haben, gewaltsam aus der Gruppe zu ziehen. Angeblich, da er sich gewehrt hatte, prügeln sie ihn feige mit einer völligen Überzahl zu Boden und schlugen auch dort weiter auf ihn ein, während andere die herbeieilenden anderen Teilnehmer abschirmten und mit Schlagstöcken bedrohten.

Es formierte sich eine zweite kleine Spontankundgebung, bis der Teilnehmer von den Bullen abtransportiert wurde. Ein Bulle rief anderen Teilnehmern noch mehrmals zu, dass sie sich freuen sollten, dass es in anderen Ländern weitaus schlimmer hergehe als in Deutschland.

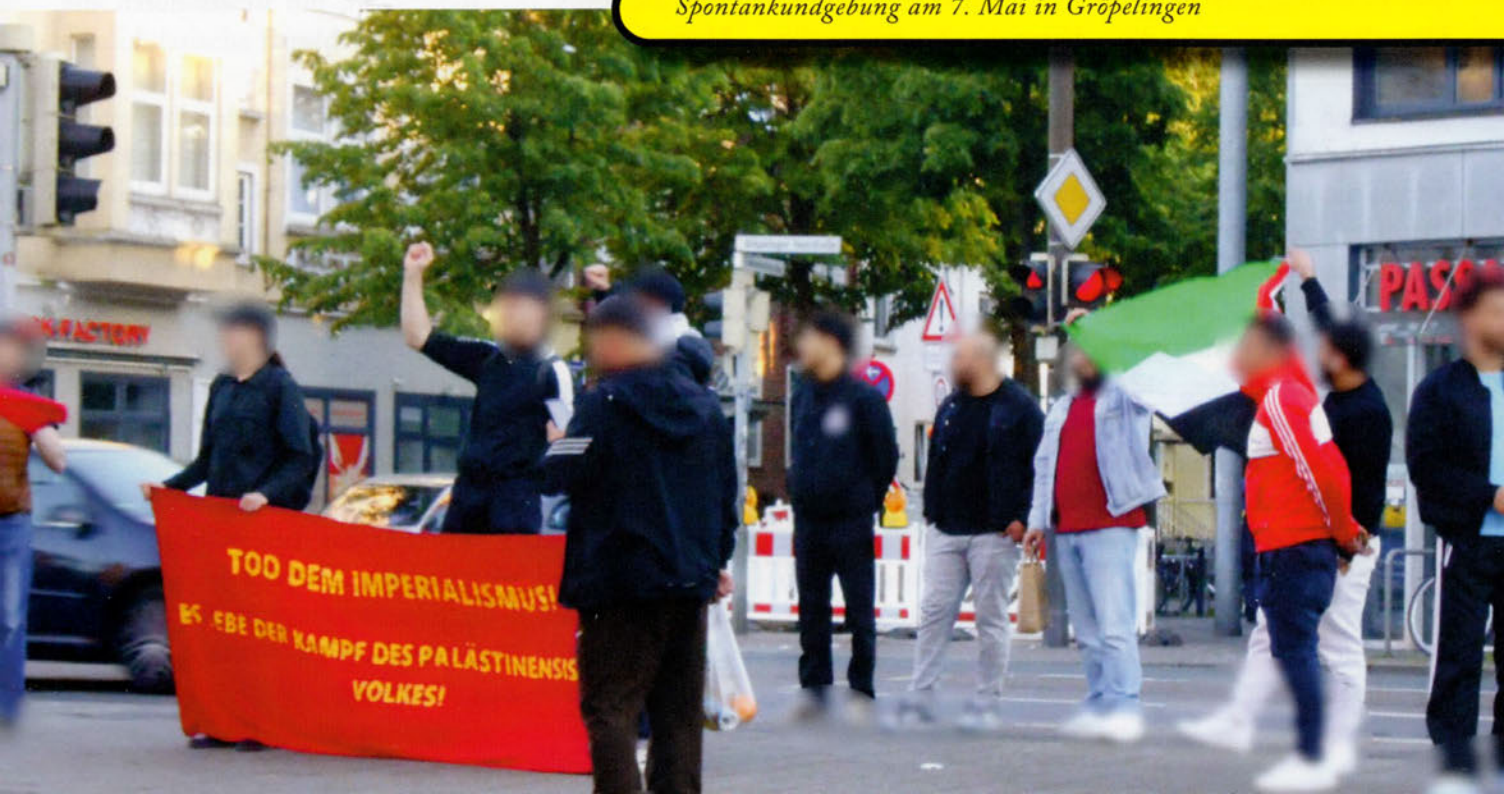
Diese Aktion machte wieder einmal deutlich, welche Kräfte in der Tat fest an der Seite des kämpfenden Volkes von Palästina stehen und dafür auch entsprechend auch von den Imperialisten bekämpft werden. Das Volk von Palästina wird – welche Grausamkeiten und Gräueltaten der Imperialisten und ihrer Lakaien es gerade auch erleben muss – immer weiterkämpfen und schlussendlich siegen! •



Palästina-Fabnen am 8. März in Bremerhaven-Lehe



Spontankundgebung am 7. Mai in Gröpelingen



PALÄSTINASOLIDARITÄT LÄSST SICH NICHT VERBIETEN!



Grüßbotschaft bei der Kundgebung am Nakba-Tag im Bochumer Westpark

Zum Nakba-Tag, am 15. Mai, welcher aus dem Arabischen übersetzt Tag der Katastrophe bedeutet, finden jedes Jahr überall auf der Welt Demonstrationen und Aktionen statt. Diese Aktionen erinnern an den Beginn des Völkermords an den Palästinensern durch Israel. Der Nakba-Tag erzählt die Geschichte der Palästinenser als unterdrücktes und besetztes Volk. Er erzählt, wie über 800.000 Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben wurden, wie über 530 Dörfer zerstört wurden, wie über 15.000 Menschen in dieser ethnischen Säuberung ermordet wurden.

Überall dort, wo die Vertreibung und die Ermordung der Palästinenser erfolgreich war, gründeten die Mörder ihren Staat Israel. Der Staat Israel gründete sich von Anfang an auf der Grundlage des Völkermordes und er hat nie damit aufgehört. Die Nakba ist kein vergangenes historisches Ereignis, sondern der fortlaufende und bis heute stattfindende Völkermord am Volk Palästinas. Die Vertreibung, Ermordung, der Terror, das alles geht weiter.

Deshalb hat der diesjährige Nakba-Tag auch eine besondere Bedeutung für das Volk Palästinas und alle Antiimperialisten. Denn das Gedenken an die Katastrophe findet statt, während in Gaza nach sieben Monaten des offenen Terror-Kriegs der israelischen Schlächter und über 35.000 ermordeten Palästinenser die israelischen Besatzer die Flüchtlingsstadt Rafah

und damit über 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge aus Gaza angreifen.

Doch genauso hält seit sieben Monaten das Volk Palästinas und seine nationale Widerstandsfront in einem heldenhaften Kampf gegen den Völkermord stand und widersteht der Belagerung, den Phosphorbomben, der Vernichtung durch Aushungerung, den Gräueltaten und Massakern. Genauso werden weltweit die Menschen, welche sich mit dem Widerstand des palästinensischen Volkes solidarisieren, nicht müde und mobilisieren weiterhin zu Millionen auf die Straße und das trotz der Repression, die ihnen durch die Herrschenden dafür entgegen schlägt.

Auch in Nordrhein-Westfalen gab es viele verschiedene Aktionen, um zu zeigen, dass man auf der Seite der Unterdrückten, die Widerstand leisten, steht. In Bonn organisierte die palästinensolidarische Bewegung im Rheinland eine Demonstration mit 500 Menschen gegen den Genozid und die deutsche Mittäterschaft, welche am Protestcamp an der dortigen Universität endete. Am Ende der Demonstration schrieb die Polizei Anzeigen gegen Demonstranten wegen „Intifada-Parolen“. In Münster organisierte die Gruppe „Palästina Antikolonial“ einen Aktionstag, in dem es einen Livebericht aus Tulkarem im Westjordanland und verschiedene Vorträge u.a. über die Repression des deutschen Staates gab. In Duisburg organisierte die „Palästina Solidarität Duisburg“ eine kämpferische Kundgebung in der Innenstadt und

wurden von der Polizei dafür angezeigt den Genozid in Gaza beim Wort zu nennen.

In Bochum organisierte „Palästina Solidarität Bochum“ zusammen mit dem Roten Bund NRW eine politisch-kulturelle Kundgebung mit 70 Menschen im Bochumer Westpark. Ein zentraler Bestandteil der Kundgebung war die Anfertigung eines Mural. Den ganzen Tag, über einen Zeitraum von zehn Stunden arbeiteten dutzende Menschen daran. Zum Schluss erstreckte sich über die Länge von 50 Metern und stellenweise vier Metern Höhe der Schriftzug „End all Occupations“ mit einem Fill-In aus einer Mischung der palästinensischen Fahne und anderen National-symbolen wie Kuffiyah-Muster, Olivenbäumen oder auch Kämpferinnen.

Das zweite Highlight des Tages war eine Grußbotschaft an das Volk von Palästina auf arabischer und deutscher Sprache. Dafür versammelten sich die Teilnehmer der Kundgebung mit Kuffiyahs bedeckt hinter einem Transparent mit der Aufschrift „Gegen Genozid und Besatzung!“. Jeweils zwei Genossinnen traten dann vor das Banner und trugen kämpferische Grüße an das Volk in Palästina und seinen nationalen Widerstand vor. In der Rede wurde deutlich hervorgehoben, dass wir als Antiiperialisten und Internationalisten Seite an Seite mit den unterdrückten Völkern der Welt und ihrem Widerstand stehen. Was in Deutschland vor allem bedeutet, sich gegen den deutschen Imperialismus zu stellen, der in Den Haag wegen Völkermordunterstützung angeklagt ist und eine faschistische Repression gegen die gesamte palästinensolidarische Bewegung entfesselt.

Neben diesen beiden Aktionen gab es über den gesamten Tag mehrere andere Programmpunkte. Eine Genossin performte gesellschaftskritische Songs, andere traten mit ihrer Trommelgruppe auf und zum Schluss gab es einen Auftritt des Rapper Tenor. Dazwischen wurden immer wieder kleinere Redebeiträge gehalten, die Palästina-Solidarität Bochum hielt eine kämpferische Rede, in der die Geschichte, der die Bedeutung und Geschichte der Nakba erklärt und die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Imperialismus besonders hervorgehoben wurde.

Die ganze Aktivität war ein Erfolg. Sie zeigt, dass wir das noch viel mehr brauchen. Denn diese Aktionen sind ein Zeugnis einer palästinensolidarischen und

antiimperialistischen Bewegung, die sich gegen den deutschen Imperialismus stellt, gegen den Rassismus und Chauvinismus, der in diesem Land vorherrscht. Es ist ein Zeugnis einer Bewegung, die sich wirklich an die Seite der unterdrückten Völker und ihres Widerstandes stellt und nicht damit schachert. Was bedeutet das Angebot des deutschen Imperialismus auszuschlagen, ein parasitäres, angenehmes Leben auf Kosten der unterdrückten Völker zu führen und dafür die Reihen mit den Herrschenden zu schließen. Das fürchtet der deutsche Staat.

Er fürchtet es so sehr, dass nur wenige Stunden nach dem Nakba-Tag, um 6 Uhr morgens, der NRW-Innenminister Herbert Reul die Gruppe „Palästina Solidarität Duisburg“ per Beschluss verbot und seine bewaffneten Schergen schickte, um vier Wohnungen in Duisburg zu stürmen und Aktivisten zu drangsalieren. Warum sagt das Innenministerium, dass sie die Palästina Solidarität Duisburg verbieten müssen? Weil sie den Widerstandskampf des Volkes von Palästina hochhalten, und weil sie die Befreiung Palästinas von den israelischen Besatzern fordern. Sie werden verboten, weil sie Antiiperialisten sind. Denn wenn in Deutschland plötzlich immer mehr Menschen nicht mehr damit einverstanden sind in einem Land zu leben, das überall auf der Welt die Völker ausbeutet und unterdrückt und stattdessen sogar den Widerstand dagegen unterstützen, dann wird es für den deutschen Staat gefährlich.

Genau deswegen ist es jetzt auch so wichtig, dass die antiimperialistische Bewegung weitermacht und sich entwickelt, dass wir uns von der Repression nicht besiegen lassen, dass egal was passiert, wir immer neue Wege und Formen finden an der Seite der unterdrückten Völker zu stehen. Die unterdrückten Völker kämpfen. Sie kämpfen im heroischen nationalen Widerstandskampf in Palästina. Sie kämpfen in den Volkskriegen in Peru, Indien, der Türkei und auf den Philippinen. Sie kämpfen in den Bauernkämpfen in Brasilien oder Mexiko, in Kampf um Wohnraum in Chile, sie kämpfen überall. Sie geben ihre Leben für ihren Kampf um Befreiung von Imperialismus. Sie brauchen unsere volle Unterstützung. **„Vorwärts im Aufbau der antiimperialistischen Front!“** Dieser Slogan gilt heute mehr denn je. •

ILLEGAL ENTSORGTE GIFTSTOFFE IM SCHWARZWALD



Die „Grüne“ Partei, welche durch ihre Teilnahme an der regierenden Ampel-Koalition und über ihre Beteiligung an verschiedenen Landesregierungen Teil der großen bundesdeutschen Einheitsregierung ist, präsentiert sich nach außen hin oft als eine Partei für den Umweltschutz. In der Praxis ihrer Politik zeigt sich jedoch immer wieder, dass dieses Getue am Ende nichts anderes ist, als leere Wahlkampfretorik. Im Bundesland Baden-Württemberg, wo die Grünen bereits seit 2011 in Person von Winfried Kretschmann die Landesregierung führen, wird dies besonders deutlich. Umweltschützer deckten auf, dass dort über Jahre hinweg giftiger Straßenschutt von Bauunternehmen illegal im Schwarzwald entsorgt wurde. Während Umweltschützer in Eigeninitiative dazu forschten, glänzt die Grün-Schwarze Landesregierung wiederum mit Untätigkeit.

Der Umweltschützer Dieter Berger ist schon seit Jahren aktiv und sucht im Schwarzwald nach giftigem Schutt. Dabei wird er wohl häufiger als ihm lieb sein dürfte fündig. 50 Fälle hat er bisher nachgewiesen und zahlreiche Tonnen von Schutt gefunden. Die von ihm gefundenen Schuttreste bilden allerdings wohl nur die Spitze eines Eisbergs. Die Dunkelziffer mitsamt all jener im Schwarzwald entsorgten Giftstoffe, die bisher noch nicht entdeckt wurden, dürfte mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit wesentlich höher sein.

Bei den genannten Stoffen handelt es sich um teerhaltigen Straßenaufbruch, welcher beim Bau von Straßen als teergebundener Asphalt verwendet wurde. Mittlerweile ist die bauliche Nutzung von teergebundem Asphalt in Deutschland seit 40 Jahren verboten, doch früher wurde dieser sehr häufig im Straßenbau eingesetzt. Das Problem dabei ist, das Teere sogenannte „polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe“, kurz PAK, enthalten. In einer fertigen, geschlossenen Straßendecke ist der Stoff, wie auch in Dachpappe oder Klebstoffen, ungefährlich. Wenn man die Straße jedoch aufbricht, entfaltet PAK eine toxische Wirkung. Auf der einen Seite ist es schädlich für die Natur und auch für Menschen ist es stark gesundheitsschädlich. PAK entfetten die Haut, führen zu Hautentzündungen, können Hornhautschädigungen hervorrufen, sowie Atemwege, Augen und den Verdauungstrakt reizen. Einige PAK sind beim Menschen eindeutig krebserzeugend. Die Möglichkeit der Fruchtschädigung oder Beeinträchtigung der Fortpflanzungsfähigkeit besteht.

Bis 1984 wurden laut dem baden-württembergischen Umweltministerium um die einhundert Millionen Tonnen PAK-belasteter Asphalt im Straßenbau dort verarbeitet. Wenn Baufirmen dieses Material heute abtragen und loswerden wollen, müssen sie dieses entweder zu speziellen Deponien bringen oder in entsprechenden Anlagen thermisch behandeln lassen.

Der Platz auf Deponien ist allerdings begrenzt und die genannten Anlagen gibt es in Deutschland nicht. Die Folge sind höhere Transportkosten für Kommunen und Unternehmen, wenn man den kontaminierten Schutt fachgerecht entsorgen lässt.

Offensichtlich gibt es einige, die sich diese Kosten einsparen wollten. Dieter Berger ging dazu kürzlich auch an die Presse und brachte dieses Thema damit mehr in die Öffentlichkeit. Mitte Mai wurde vom SWR und der Tagesschau über den Umweltskandal berichtet. Doch auch zuvor brachte Berger immer wieder Erkenntnisse über PAK-Giftstoffe im Schwarzwald an die Öffentlichkeit. So wies er im Jahr 2021 PAK-Reste in einem Straßenaufbruch nach, welche nach Bauarbeiten im Schauinsland einfach monatelang dort liegen gelassen wurden. Im selben Jahr fand er auch große Reste von PAK-Schutt in einem Bach im Kleinen Wiesental. Er ist dabei aber nicht der einzige Umweltschützer, der dieses Thema aufwirft und nachweist. So äußert sich auch Christine Alewell, eine Professorin für Umweltgeowissenschaften an der nahen Universität Basel, zu dem giftigen Müll. Alewell hatte in Vergangenheit ebenfalls das Gift im Schwarzwald nachgewiesen. Sie kritisiert aber nicht nur die Baufirmen, sondern macht auch die ansässigen Behörden und Kommunen verantwortlich. Umweltschützer wie Alewell oder Berger haben in Vergangenheit bereits mehrmals auf dieses Geschehen aufmerksam gemacht. Dass bisher nichts geschehen ist und weiter Schuttreste im Wald verklappt und später gefunden werden zeigt, dass ein systematisches Wegsehen der Kommunen vorhanden sein muss.

Die Kommunen vertuschen gezielt, was man unter anderem gut daran erkennen kann, wie sich die lokalen Politiker bezüglich den Anfragen der Presse verhielten. So taten die Verantwortlichen der verschiedenen Kommunen die Untersuchungen der Umweltschützer einfach ab und behaupteten wieder besseres Wissen, es gebe „keine Hinweise auf PAK“, es sei „kein Straßenaufbruch“ und das kontaminierte Material sei „ordnungsgemäß entsorgt“ worden.

Der SWR setzte sich auch mit dem baden-württembergischen Umweltministerium unter der Führung von Thekla Walker, „Grüne“, in Kontakt, welches sich mit der Ausrede, dass bei den vielen Straßen im Land eine flächendeckende Kontrolle der Entsorgung nicht möglich sei, herauszureden versuchte. Thekla Walker behauptet, schlicht nicht zuständig zu sein.

Wir halten also fest: In Baden-Württemberg werden Tonnen an hochgiftigem Müll im Wald verklappt. Jahrelang werden Kommunen und Behörden von Umweltschützern darauf aufmerksam gemacht und tun nichts. Von Journalisten darauf aufmerksam gemacht leugnen die Verantwortlichen einfach die Beweise, lügen und verweigern jegliche weitere Auskünfte zur Thematik. Das alles in der „Grünen“-Hochburg, in welcher die Partei schon weit mehr als ein Jahrzehnt regiert.

Solche Heuchelei der „Grünen“ ist nichts Neues, vor allem nicht für die Menschen in Baden-Württemberg. Immer wieder zeigte die Partei in ihrer sogenannten „Realpolitik“ auch bundesweit ihr Desinteresse an dem von ihr stets so hoch gepriesenen Umweltschutz. Deutlich wurde dies unter anderem auch, als die Vertreter der Grünen Ende 2022 die Räumung des Dorfes Lüzerath in Nordrhein-Westfalen politisch durchsetzten, um dort Braunkohle abzubauen. Auch die kontinuierliche Förderung der sogenannten „E-Mobilität“ zeigt dies, denn die entsprechenden Elektroautos sind zwar in der Benutzung weniger umweltschädlich als konventionelle Fahrzeuge, dafür aber umso umweltschädlicher in der Produktion – gar nicht zu sprechen von den äußerst üblen Arbeitsbedingungen unter denen die Arbeiter der unterdrückten Nationen die Rohstoffe fördern und verarbeiten müssen.

Die Politik der „Grünen“ ist es – wie bei allen bürgerlichen Parteien – den Staat der deutschen imperialistischen Bourgeoisie im Interesse eines Teils der Herrschenden zu verwalten. Nicht nur die „Grünen“ sind solche Heuchler. Alle bürgerlichen Parteien „vergessen“ ihre Wahlversprechen, die sie zuvor gemacht haben, sobald sie Teil der großen bundesdeutschen Einheitsregierung (bestehend aus Bundesregierung und den Regierungen der Länder) sind und die Interessen des Finanzkapitals durchgesetzt werden müssen – die einzige Begrenzung beim Ausverkauf der eigenen „Ideale“ ist die nächste anstehende Wiederwahl. Das ist, wie dieses System funktioniert und folglich sind Hoffnungen, dass Umweltschutz, Frieden, „soziale Gerechtigkeit“ usw. durch das Wählen irgendeiner „besseren“ Partei durchzusetzen wären, eine pure Illusion. Die Verseuchung des Schwarzwalds bestätigt uns erneut, dass selbst ein angebliches „kleineres Übel“ nicht wirklich existiert. •

SOLIDARITÄT

Wir publizieren hier eine Schrift, die uns ein Leser hat zukommen lassen.

Solidarität

Solidarität, ein starkes Wort von Freund und Feind genutzt wir rufen auf Demos:

„Hoch die internationale Solidarität!“
Die Regierung fordert Solidarität – mit „Terror-Opfern“ und mit deutschen „Einsatzkräften“
stellt sich die Frage: Was ist Solidarität?

Ist es wie auf dem Gewerkschaftsplakat:

„Solidarität ist unsere Waffe“?

Klingt selbstverständlich – doch in der Tat

was macht dann der DGB-Bürokrat,

der an deren Spitze stehende Pfaffe –

er verkauft unseren Kampf an die feindliche Klasse.

Ist es, Menschen ohne Nöte dazu zu bewegen aus Mitleid mit den Armen zu spenden, und so „seinen Beitrag“ zu leisten?
Oder selbst einer dieser „Gönner“ zu sein?
Ist es, „moralische Entscheidungen“ zu treffen?
„Bewusster“ einzukaufen, wenn man es sich leisten kann?

Ist es schon das Breitbeinig-fürs-Foto-posieren,

Muskeln zu zeigen, Pyro zu zünden,

und später darauf ein Bier zu trinken,

dass an anderen Orten große Kämpfe stattfinden?

Wer kennt sie nicht, die sich in die erste Reihe drängeln, am lautesten schreien: sie wollen „kämpfen“, sie wollen „Veränderung“ gibt es nicht immer welche, die, wenn etwas passiert, ganz vorne stehen, ihr Maul aufreißen, und nichts tun?

Ist es, für die Unterdrückten zu sprechen, und all das, was von den Unterdrückern ihnen wird nachgesagt, nicht zu vergessen, gleich im ersten Zuge zu kritisieren?

*Ist es Mitleid, Gnade und Erbarmen für die Unterdrückten und Armen?
Und zeitgleich ein Gewimmer für die, die deren wahrhaften **Kampf** abbekamen?
Ist es, „starke Worte“ zu finden, für den, „der es am meisten verdient“ weil man für ihn zur Zeit in den Medien von allen die größten Tränen vergießt?
Ist es kurz gesagt, zu unterstützen, wenn es einem selber zu Nützen?*

Oberflächlich und heuchlerisch ist die „Solidarität“ der besitzenden Klassen sie verstehen es nicht, dass ein Mensch sich für den anderen opfert
Und die einzig wahre Solidarität ist unsere **Klassensolidarität:**

*das Essen stets zu teilen,
in guten oder schlechten Zeiten,
lieber selbst hungern oder erfrier'n,
in der Schussbahn stehen, als der neben dir,
immer das Banner zu hissen,
das uns vereint,
dem gemeinsamen Feind,
der den Bruder hat bluten lassen,
ohne Feigheit entgegenzutreten
und die Fahne des Gefallenen erheben –
die Wahrheit stets suchend,
jede Lüge verdammend,
bereit, den Preis zu zahlen,
den das Leben verlangt –
im Schatten zu gehen
und gegen den Strom,
und jene „Verbrecher“ und „Terroristen“
unmissverständlich unterstützen,
denn die, die heute noch verschmäht,
werden morgen von allen als Helden gesehen,
wie es in der Geschichte so oft schon geschehen ...*

Vorbehalte?
Wir haben keine feigen Vorbehalte!

*Wir opfern uns selber für die andr'en
von uns, was Geist unserer Klasse ist;
und jedes andere Denken vergeht.
Und wer das tut, nur der hat verstanden,
dass Solidarität wirklich unsere Waffe ist,
das, worin unsere Stärke besteht!*

*Also, Genossen:
Vorwärts, und nicht vergessen!*



[www.DEMVOLKEDIENERN.ORG](http://www.demvolkedienern.org)



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

DAS TITELBILD

Am 1. Mai beteiligte sich der Rote Bund an Demonstrationen in fünf deutschen Städten und organisierte in einer anderen eine weitere, dazu wurden Fahnen in 17 Städten aufgehängt.

Quelle: demvolkedienern.org

**ROTE
POST** 